

1 Antrag zur Bezirkskonferenz der südhessischen Jusos 2011

2

3 Antragsteller: Jusos Gießen

4

5 Zur Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,
6 SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

7

8 **Umlagefinanzierung wiederbeleben! Zukunft für** 9 **alle Jugendlichen schaffen.**

10 Wir wollen einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen. Wir wollen Qualität in der
11 Ausbildung und wir wollen lebenslanges Lernen. Darüber hinaus ist die Wirtschaft in die
12 Pflicht zu nehmen. Eine freiwillige Selbstverpflichtung ist inakzeptabel und unzureichend.

13

14 **Deswegen fordern wir...**

15

16 **die Umlagefinanzierung den bestehenden dramatischen Verhältnisse auf dem**
17 **Ausbildungsmarkt anzupassen und durchzusetzen.**

18

19 Ein alternatives Umlagemodell soll wie folgt aussehen:

20

21 Ausgehend von der These, dass der Ausbildungsplatzmangel durch die
22 Wettbewerbssituation hervorgerufen wird, in der die Betriebe zu einander stehen, muss man
23 dieser auch so begegnen. Ein sehr effizientes Regulierungsmodell ist die Zertifizierung.

24

25 Übertragen auf die Ausbildungsproblematik bedeutet das, dass jährlich ein Verhältnis
26 zwischen der Größe eines Betriebes und einem verpflichtenden Kontingent an
27 Ausbildungsverhältnissen, das ein Betrieb zu gewährleisten hat, bestimmt wird.

28

29 Die Quote bestimmt sich über die reale Nachfrage nach Ausbildungsstellen, welche sich
30 über die Zahl der bei der BA gelisteten Ausbildungssuchenden errechnet und eine
31 angemessene Zahl an Altbewerbern enthält, und der Zahl der sozialversicherungspflichtigen
32 Beschäftigten.

33 Der Nachweis über die Einhaltung dieser Quote wird über Zertifikate geführt. Diese
34 wiederum werden nach Ablauf der Probezeit von den Kammern ausgestellt bzw. digital

35 geführt. Die Einhaltung der Quote wird durch eine einheitliche gesetzliche Strafzahlung
36 garantiert, die für jedes nicht vorhandene Zertifikat ausgelöst wird und einen Betrag umfasst,
37 welcher über den am höchsten anzunehmenden Bruttokosten für ein Ausbildungsverhältnis
38 pro Jahr liegt. Die Quotierung sorgt für eine progressive Verteilung der Ausbildungskosten
39 pro Jahr.

40

41 Begründung:

42

43 Wir befinden uns in der dritten großen Ausbildungskrise in der Geschichte der BRD. Derzeit
44 sind 1.500.000 Jugendliche zwischen 20 - 29 ohne Berufsausbildung. Wir unterhalten ein
45 Warteschleifensystem, in dem durchschnittlich 400.000 Jugendliche (teilweise mehrere
46 Jahre) auf eine Ausbildungsstelle warten. Wir geben pro Jahr mindestens 4,3 Mrd. für
47 Maßnahmen aus, deren Wirkungsgrad stark zweifelhaft ist. Alleine diese Zahlen zwingen uns
48 zum Handeln. Den Kreislauf von Enttäuschungen, denen diese jungen Menschen ausgesetzt
49 sind, gilt es zu durchbrechen. Es ist also an uns, Perspektiven zu schaffen und ein für
50 allemal eine konjunkturunabhängige Lösung zu finden.

51

52 Durch den Handel mit Zertifikaten erhöht sich zudem die Ausbildungsqualität, da die
53 Betriebe, die zu den geringsten Preisen Zertifikate anbieten können, den größten Nutzen aus
54 der Ausbildung ziehen (dort, wo am besten ausgebildet wird).

55 Durch die Übernahme der Ausbildungskosten durch die Wirtschaft verringern sich die
56 Kosten, die durch Kompensationsmaßnahmen entstehen. Die frei werdenden Mittel können
57 damit wieder in die Bildung fließen und sind nicht mehr in der Warteschleife gebunden.

58

59 Der Zertifikate-Handel hat gegenüber der bisherigen Umlage viele Vorteile. Ein Fondssystem,
60 wie es bisher immer angedacht war, bringt einen riesigen Verwaltungsapparat mit sich, der
61 nicht nur langsam, sondern auch teuer ist. Weiter gehen mit diesem System ein Haufen
62 Regulierungen einher. Es ist nicht ohne die Sozialpartner in ihren Rechten zu beschneiden
63 möglich, dieses Fondssystem umzusetzen. Es birgt zudem versteckte Kosten, die für die
64 Gesellschaft auf lange Frist auch noch wachsen.

65 Die Marktlösung hingegen bietet den Vorteil, vergleichsweise unbürokratisch und ohne große
66 Eingriffe ins Betriebsgeschehen auf die ökonomische Ursache des Lehrstellenmangels
67 einzuwirken. Die Tarifautonomie wird nicht beschnitten und es besteht nicht die Gefahr von
68 Willkür.

69 Das Grundrecht auf Ausbildung ist die Grundlage, die Umlagefinanzierung ist die
70 Umsetzung.